

Heumarkt: Gericht entscheidet über UVP

Beim geplanten Hochhaus auf dem Heumarkt könnte es zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) kommen. Das Bundesverwaltungsgericht befasst sich am Montag mit dieser Frage. Eine UVP hätte wohl weitreichende Folgen.

Die Initiative Alliance for Nature hatte gemeinsam mit zehn weiteren Personen Beschwerde gegen den Bescheid der Stadt Wien, auf eine UVP zu verzichten, eingelegt. Das Gericht entschied daraufhin, dass in einer mündlichen Verhandlung geklärt werden soll, ob doch eine UVP nötig ist.

Es sei eine Einzelfallprüfung zur Frage durchzuführen, „ob zu erwarten ist, dass durch das Vorhaben unter Berücksichtigung des Ausmaßes und der Nachhaltigkeit der Umweltauswirkungen der Schutzzweck, für den das schutzwürdige Gebiet der Kategorie A des Anhangs 2 der Welterbestätte ‚Historisches Zentrum von Wien‘ festgelegt wurde, wesentlich beeinträchtigt wird“, heißt es im Schreiben des Gerichts.

Isay Weinfeld&Sebastian Murr



Visualisierung des geplanten Projekts auf dem Heumarkt

Tojner zog Antrag auf freiwillige Prüfung zurück

Als Sachverständiger wurde Architekt Manfred Wehdorn, der Ende der 1990er Jahre die Bewerbung zur Aufnahme der Wiener Innenstadt in die Liste des UNESCO-Welterbes mitbetreute, bestellt. Eine UVP würde das 300 Millionen Euro schwere Bauprojekt weiter verzögern.

„Sollte das Bundesverwaltungsgericht zum Schluss kommen, dass eine UVP nötig ist, wird sich das Verfahren sicherlich über Monate, wenn nicht Jahre erstrecken“, sagte Christian Schuböck von Alliance for Nature. Seine Initiative werde sich sicherlich am UVP-Verfahren beteiligen, sollte es zu so einem solchen kommen, und will, wenn notwendig, den Instanzenweg beschreiten, kündigte er an.

Weil die richterliche Entscheidung noch aussteht, ob es eine UVP gibt oder nicht, „hat die Baupolizei bisher noch nicht zu dieser Verhandlung einberufen, weil wir zuerst wissen wollen, unter welchen Bedingungen die Baubewilligung verhandelt werden soll“, sagte Wiener Landtagspräsident Ernst Woller (SPÖ) gegenüber Radio Wien. Einen Antrag auf eine freiwillige Prüfung zur UVP hat Investor Michael Tojner laut Medienberichten wieder zurückgezogen - mehr dazu in [Heumarkt: Gang zum EuGH gestoppt](#).

ICOMOS-Bericht: Projekt würde Stadtbild „zerstören“

Das vom Denkmalrat ICOMOS erarbeitete Gutachten zum Heumarkt-Projekt in Bezug auf Wiens Status als UNESCO-Weltkulturerbe fiel unterdessen äußerst negativ aus. Das geht aus dem nun fertiggestellten und am Samstag veröffentlichten Bericht hervor. Somit könnte Wien - wird das Projekt mit seinem 66 Meter hohen Turm so umgesetzt wie geplant - seinen Weltkulturerbestatus verlieren.

Beitrag aus ZIB 1, 16.03.2019



UNESCO-Bericht über Weltkulturerbe Wien

Laut einem ICOMOS-Bericht ist der geplante Turm auf dem Heumarkt nicht das einzige Projekt, das mit dem Welterbetitel nicht vereinbar ist.

Das geplante Hochhausprojekt würde das Stadtbild „zerstören“, da das Areal seine „historische Authentizität“ und „kulturelle Bedeutung“ verlöre. Es werde empfohlen, die Planungen für zwei Jahre auszusetzen und mit dem Entwickler Alternativen zu erarbeiten, die mit dem Weltkulturerbestatus vereinbar sind - mehr dazu in [news.ORF.at](#). Die UNESCO hatte das historische Zentrum Wiens aufgrund der Pläne bereits im Juli 2017 auf die Liste des gefährdeten Welterbes gesetzt.

Die Wiener SPÖ hat in der Diskussion um das geplante Hochhaus-Projekt am Heumarkt am Sonntag eine „zweijährige Phase des Nachdenkens“ angekündigt, in den kommenden zwei Jahren werde sich „gar nichts ändern“ - mehr dazu in [news.ORF.at](#).

Ellensohn vs. Tojner: Verfahren eingestellt

Eine Ende hat unterdessen eine andere Causa gefunden. Der grüne Klubobmann David Ellensohn hatte im Herbst 2018 Tojner und weitere Personen wegen Betrugs mit Wohnungsvermietung angezeigt und ihn der „Geschäftemacherei“ bezichtigt. Dagegen hat sich Tojner gewehrt und Ellensohn wegen übler Nachrede geklagt.

Die Ermittlungen nach der Anzeige von Ellensohn wurden von der Staatsanwaltschaft Wien am 24. Jänner eingestellt. Im Rahmen des Verfahrens gegen Ellensohn wurde ein Vergleich geschlossen, mit dem sich Ellensohn verpflichtet hat, eine Richtigstellung auf der Startseite der Website der Wiener Grünen zu veröffentlichen.

Links:

- [Heumarkt: Gutachten hält Bund für zuständig](#) (wien.ORF.at; 21.1.2019)
- [Heumarkt-Projekt verzögert sich weiter](#) (wien.ORF.at; 24.10.2018)
- [Heumarkt - Projektseite](#)
- [UNESCO - Tagungsseite](#)
- [ICOMOS](#)
- [Weltkulturerbe Wien](#) (Stadt Wien)

17.03.2019

[mehr Wien-News](#) ▶

Social-Media-Dienste aktivieren

